

# Merkel muss Garantieerklärung für Löhne, Renten und Sozialleistungen abgeben

DIE LINKE verlangt von der Bundesregierung eine Garantieerklärung. Die soll klarstellen, dass die Euro-Stabilisierung nicht auf Kosten von Spareinlagen, Renten, Sozialleistungen, Löhnen und Massensteuern erfolgen wird.

Sicher ist, die Maßnahmen zur Euro-Stabilisierung belasten den Staatshaushalt. Im Haftungsfall kämen auf die Bundesrepublik Deutschland bis zu 400 Mrd. Euro Kosten zu. Und wieder stellt sich am Ende die Frage: Wer bezahlt die Zeche? Zwei Rettungswege stehen zur Auswahl: Entweder refinanziert sich der Staat durch Aufnahme neuer Schulden oder durch Umverteilung. In den letzten Jahrzehnten ist immer wieder umverteilt worden: Aber von unten nach oben, auf Kosten der Rentenbezieher, der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, auf Kosten der Bezieher von Transferleistungen.

Laut Angaben der Bundesbank sind die Schulden der öffentlichen Hand innerhalb des Zeitraums 1999 bis 2011 von 1.2 Mrd. auf ca. 2.000 Mrd. Euro angewachsen. Der

Schuldenzuwachs beträgt also 800 Mrd. Im selben Zeitraum ist allerdings das private Geldvermögen von 3.4 auf knapp 5.000 Mrd. Euro, also um 1,6 Mrd. Euro angewachsen. Das Privatvermögen, von dem das oberste Drittel der Bevölkerung 90 Prozent besitzt, wächst in Deutschland mehr als doppelt so schnell wie öffentliche Verschuldung.

Wer sagt, dass nicht genug Geld da wäre, will die Privilegien dieses obersten Drittels nicht antasten. Geld ist da, und jeder weiß, wo es zu holen ist.

Umverteilung ist daher die richtige Antwort. Aber die Richtung muss geändert werden: Von oben nach unten ist richtig. Schon eine Reichensteuer wäre ein erster Schritt. Soziale Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für europäische Solidarität.